

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum  
**27.05.2024**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Immobilienbetrieb**  
Schriftführung  
Stephanie Schlüter  
Telefon-Nr.  
**02202-141261**

## Niederschrift

**Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft**  
**Sitzung am Donnerstag, 25.04.2024**

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:30 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Beauftragung einer Machbarkeitsstudie/ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Sanierbarkeit oder eines Abbruchs und Neubaus der Integrierten Gesamtschule Paffrath**  
*0204/2024*

- 6** **DBG - Umsetzung des Raumbedarfs für G9 durch den Bau eines Klassenhauses an veränderter Örtlichkeit**  
*0225/2024*
- 7** **Errichtung eines Kunstrasenplatzes als Ausgleichsmaßnahme für Verein Jan-Wellem**  
*0226/2024*
- 8** **Feststellung des Bedarfs an Grundstücken in der Nachbarschaft der GGS Bensberg**  
*0212/2024*
- 9** **Feststellung des Bedarfs für den Abschluss eines Kaufvertrags bzgl. Flächen an der Strunde**  
*0215/2024*
- 10** **Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen – Planung für das Schuljahr 2024/25**  
*0060/2024*
- 11** **Mitteilungen der Schulleitungen**
- 11.1** **Anfrage der Grundschulleitungen vom 13.03.2024**  
*0177/2024*
- 12** **Anträge der Fraktionen**
- 12.1** **Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2024: "Sofortprogramm Schule: mit effizienten Maßnahmen an allen Schulen in Bergisch Gladbach schnelle Unterstützung im Schulalltag sicherstellen"**  
*0224/2024*
- 13** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Steinmetzer eröffnet um 17:00 Uhr die 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft in der X. Wahlperiode. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anwesend sind die Ausschussmitglieder

Ulrich Gürster  
Helga Kivilip  
Robert Kraus (bis 19:03 Uhr)  
Brigitta Opiela (bis 18:17 Uhr)  
Frank Reiländer (für Fabrice Ambrosini)  
Josef Willnecker  
Anke Außendorf  
Rainer Dettmar  
Anna Maria Scheerer  
Anne Skribbe (für Collin Eschbach)  
Dr. Anna Steinmetzer  
Andreas Ebert  
Corvin Kochan (für Monika Lindberg-Bargsten)  
Berit Winkels  
Jürgen Niemann  
Iro Herrmann  
Peter Steinbuck (für Willy Bartz)  
Christian Maimer  
Heike Bahr-Müller  
Felix Bertenrath (für Angelika Wollny)  
Florian Lambertz  
Roswitha Lawrenz (bis 19:03 Uhr)

sowie aus der Verwaltung

Thore Eggert  
Ragnar Migenda  
Barbara Kirschner  
Alexandra Meuthen  
Ariane Henning  
Mike Helmut Hoffmann  
Arne Schlösser  
Katrin Klaes

und der Geschäftsführer der Schulbau GmbH

Sebastian Rolko.

Die Vertreter der katholischen Kirche (Ulrich Heimann und Jörg Schmitter) hätten sich entschuldigt.

Unterlagen der heutigen Sitzung sind neben der Einladung vom 04.04.2024

- eine Ergänzung zu den TOP Ö 6 und Ö 7,
- der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.04.2024 zu TOP Ö 6 sowie
- die Tischvorlage Nr. 0259/2024,

die sämtlich als Tischauslagen verteilt sind.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Vorlage Nr. 0259/2024 als TOP N 4 erweitert; die Nummerierung der weiteren nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte wird entsprechend angepasst.

## **2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Frau Dr. Steinmetzer erläutert, in der Teilnahmeliste der letzten Sitzung (TOP Ö 1) sei versehentlich Frau Außendorf zweimal aufgeführt, während Frau Meinhardt trotz Anwesenheit fehle. Dies sei in der Online-Version der Niederschrift sowie hinsichtlich der Meldung an das Ratsbüro korrigiert worden; sie bitte ggf. um eine handschriftliche Korrektur in der Papierversion.

Herr Niemann erkundigt sich nach der Beantwortung seiner in der Sitzung am 28.02.2024 gestellten Fragen.

Frau Meuthen antwortet, sie werde zur nächsten regulären Sitzung (19.06.2024) antworten.

Frau Henning ergänzt, sie könne die angefragten jährlichen Prüfungs- und Wartungskosten sogleich mitteilen. Diese hätten sich im letzten Jahr für die beweglichen Sportgeräte auf 38.000 €, für die Prüfung der festmontierten Sportgeräte auf 12.000 € und für deren Wartung auf 34.000 € belaufen.

Da keine weiteren Einwendungen erhoben werden, gilt die Niederschrift mit der oben angeführten Korrektur als genehmigt.

## **3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Keine.

## **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Kirschner berichtet, es habe zuletzt an zwei Schulen (Schulzentrum Herkenrath und IGP) einen Amok-Alarm gegeben, da eine entsprechende Ankündigung aus einer Wandschmiererei hervorgegangen sei. Die Meldung sei über die vorgesehenen Wege erfolgt. Seitens der Polizei und der Verwaltung werde vermutet, dass es sich um eine Tiktok-Challenge gehandelt habe.

Frau Kirschner informiert über die derzeit bekannten Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr 2024/25: Es hätten alle Schülerinnen und Schüler versorgt werden können. Kinder, die durch die beiden Gesamtschulen, das DBG, die Otto-Hahn-Schulen und die JGR abgelehnt worden seien, seien durch andere Schulen aufgenommen worden.

Herr Eggert berichtet, am Neubau der GGS Bensberg werde am 28. Juni 2024 Richtfest gefeiert werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

## **5. Beauftragung einer Machbarkeitsstudie/ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Sanierbarkeit oder eines Abbruchs und Neubaus der Integrierten Gesamtschule Paffrath**

*0204/2024*

Frau Außendorf begrüßt, dass die Abarbeitung der Priorisierungsliste nun angegangen werde. Sie fragt, ob – wie angekündigt – parallel auch bereits weitere Projekte in Angriff genommen würden.

Frau Meuthen antwortet, die ersten vier Schulen auf der Liste befänden sich aktuell im Anfangsstadium der Bearbeitung und dazu werde in Kürze weiter informiert werden.

Herr Ebert bittet, in der Machbarkeitsstudie – insbesondere im Falle eines Neubaus – auch die Bauleitplanung zu berücksichtigen.

Frau Meuthen antwortet, im Fall der IGP gebe der Bebauungsplan enge Grenzen der Bebaubarkeit vor, die derzeit ausgelotet würden. Insofern werde die Bauleitplanung berücksichtigt.

Herr Dettmar bittet um Darlegung der Verhältnismäßigkeit der Kosten der Machbarkeitsstudie, da in der Sitzung des ABKS (23.04.2024) eine Machbarkeitsstudie für das deutlich kleinere Bergische Museum behandelt worden sei, die sich in einer ähnlichen Größenordnung bewege.

Frau Meuthen erläutert, die Kosten hingen stets vom Inhalt der zu beauftragenden Studie ab. Im Fall des Museums gehe es neben der Baulichkeit auch um inhaltliche Themen, sodass mit höheren Kosten zu rechnen sei.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie mit optional sich anschließender Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Sanierbarkeit oder den Abbruch/ Neubau der Integrierten Gesamtschule Paffrath. Die Finanzierung der Maßnahme wird im lfd. Haushalt 2024 dargestellt.**

**6. DBG - Umsetzung des Raumbedarfs für G9 durch den Bau eines Klassenhauses an veränderter Örtlichkeit**  
0225/2024

Frau Steinmetzer erläutert, ergänzend zur Vorlage seien eine Tischauslage der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingegangen, die in der Diskussion zu berücksichtigen seien. Sie bittet die Antragstellerin, den Antrag zu erläutern.

Frau Außendorf begrüßt, dass die Verwaltung den Ausschuss nach Erkennen der Lärmschutzproblematik erneut einbeziehe. Sie hätte sich jedoch gewünscht, dass Aspekte des Lärmschutzes und von Kaltluftströmen bereits zu einem früheren Zeitpunkt berücksichtigt worden wären. Deshalb würden nun die Errichtung des Klassenhauses auf der westlichen Seite des Sportplatz-Areals sowie die Durchführung einer Simulation bezüglich der Auswirkungen auf die Kaltluftschneise mit möglichen Folgen auf den Gebäudekubus beantragt.

Frau Meuthen antwortet, man habe aus der Erfahrung in diesem Projekt gelernt. Man befinde sich indes noch in einem sehr frühen Projektstadium und könne noch ergänzende Studien durchführen und Anpassungen vornehmen.

Herr Ebert begrüßt ebenfalls die durch die aktuelle Ausschussbefassung ermöglichte Transparenz. Er befürworte aus klimatischen Gründen eine Verortung des neuen Gebäudes auf der westlichen Seite des Sportplatz-Areals, könne weitere Aspekte wie etwa die Auswirkungen einer möglichen späteren Bebauung des gegenüberliegenden Grundstücks nicht ermessen. Deshalb spreche er sich ebenfalls für weitere Prüfungen aus, die indes den Fortgang des Projekts nicht verzögern sollten. Für diese Verlegung des Standorts sei für ihn ausschlaggebend gewesen, dass ein Modulbau beabsichtigt sei, der im schlimmsten Falle schlichtweg ab- und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden könne. Nach alledem werde er sich dem vorliegenden Antrag anschließen.

Herr Rolko zeigt den Sportplatz, den möglichen Gebäudestandort sowie die Umgebung und erläutert die Kaltluftströme auf öffentlich zugänglichen Karten.

Frau Kivilip stimmt Herrn Ebert in einigen inhaltlichen Punkten zu und bittet um eine möglichst zügige Umsetzung des Projekts, um alle Schülerinnen und Schüler unterbringen zu können.

Frau Meuthen erläutert, auf Grund des frühen Projektstadiums bedeute eine geänderte Lokalisation des Klassenhauses, wie in der Vorlage bzw. dem Antrag dargestellt, keine Verzögerung.

Herr Bertenrath betont die Relevanz einer raschen Umsetzung zur Ermöglichung eines regulären Schulbetriebs und bittet um konstante Einbeziehung der Schule.

Frau Meuthen antwortet, man stehe im permanenten Kontakt mit der Schulleitung, die indes den Standort auf der östlichen Seite präferiert hätte.

Herr Rolko ergänzt, die Kaltluftproblematik sei der Schule auf Grund der Aktualität noch nicht bekannt, doch könne das Projekt keinesfalls ohne die Schule realisiert werden, sodass ein ständiger Austausch erfolge.

Herr Eggert führt aus, hier – wie in allen Projekten – würden mehrere Aspekte parallel bearbeitet, um ein möglichst hohes Tempo erzielen zu können.

Frau Außendorf kann die Präferenz der Schule nachvollziehen, gibt jedoch zu bedenken, dass sich in diesem Fall neben der notwendigen Errichtung einer Lärmschutzwand das Kaltluftproblem zu lösen sei. Deshalb erscheine eine Verortung auf der westlichen Seite des Sportplatz-Areals als einzig sinnvolle Variante. Trotz der Notwendigkeit einer raschen Realisierung müssten alle für das weitere Vorgehen notwendigen Informationen beschafft und die entsprechenden Studien durchgeführt werden.

Frau Meuthen ergänzt als positiven Aspekt, dass bei einem Bau an der westlichen Seite des Sportplatz-Areals der Bestandsschutz greife und die Situation des Sportvereins sich nicht verschlechtern werde.

Herr Migenda gibt zu bedenken, dass bei einer eventuellen späteren Erweiterung des Sportvereins die Schallschutzproblematik erneut zu bedenken sei. Lediglich bei der Errichtung des Klassenhauses am derzeit beabsichtigten Standort greife der Bestandsschutz, doch trage das Klassenhaus selbst nicht zum Lärmschutz bei; dies könne insbesondere bei Maßnahmen des Sportvereins relevant werden. Das Klassenhaus stelle lediglich ein Interim dar und sei mithin zur langfristigen Lösung der Lärmschutzproblematik ungeeignet. Die Errichtung einer Schallschutzwand sei keine Option, auch weil diese durch ihre notwendige Höhe eine starke optische Beeinträchtigung und Barriere der Frischluft darstellen würde. Bei dem Bereich westlich des Sportplatz-Areals handle es sich zum Teil um eine Erschließungsfläche, die jedenfalls nicht für die spätere Erweiterung des Klassenhauses (2. Bauabschnitt) genutzt werden solle; vielmehr solle diese dann auf dem Gelände des DBG errichtet und bereits jetzt entsprechend in der Planung berücksichtigt werden.

Herr Ebert erklärt, bei der späteren Erweiterung des Klassenhauses handle es sich um ein eigenes Bauvorhaben. Er bezeichne eine Berücksichtigung desselben bereits in der heutigen Beschlussfassung als ungünstig und frage, ob demzufolge der letzte Satz des Beschlussvorschlags des Antrags entfernt werden könne.

Frau Außendorf zeigt sich damit einverstanden.

Herr Kraus kritisiert die sehr kurzfristige Einreichung des vorliegenden Antrags. Die Forderung weiterer Untersuchungen könne er nicht nachvollziehen, da Frau Außendorf laut eigener Aussage von der Existenz der Kaltluftschneise gewusst folglich den ursprünglichen Beschluss (am 13.09.2023) in dieser Kenntnis gefasst habe. Deshalb bitte er darum, den Antrag zurückzuziehen, da er lediglich unnötigen Aufwand verursache.

Frau Kivilip bezieht sich auf die Ausführungen Herrn Migendas und frage, ob bei einer Lokalisierung des Klassenhauses im Norden der westlichen Seite des Sportplatz-Areals der Platz für eine spätere Erweiterung fehle.

Frau Meuthen antwortet, dies sei noch nicht im Detail geprüft worden. Nach jetzigem Stand gebe es sowohl Argumente dafür wie auch dagegen.

Herr Kochan bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Kraus. Die genaue Verortung des Gebäudes, basierend auch auf klimatischen Aspekten, werde im Rahmen des in Kürze anstehenden Beschlusses ohnehin thematisiert werden. Die entsprechenden Untersuchungen

müssten folglich durchgeführt werden und stellten keinen zusätzlichen oder unnötigen Aufwand und keine Verzögerung des Projektfortschritts dar, wie seitens der Verwaltung und Herrn Rolkos bestätigt worden sei. Angesichts der Relevanz der nun zu treffenden Entscheidung würde er sich ein einstimmiges Votum wünschen.

Frau Außendorf betont die Notwendigkeit der beantragten Untersuchungen, um eine Vereinbarkeit der Planungen mit anderen Beschlüssen (beispielsweise zum Klimaschutzkonzept) sicherzustellen. Gemäß Auskunft der Verwaltung könnten diese ohne zeitliche Verzögerungen durchgeführt werden und sollten daher in die Diskussion und Planung einbezogen werden.

Frau Kivilip erläutert, es gehe ihr darum, die Schaffung erforderlichen Schulraums ohne weitere Verzögerungen und ohne Generierung unnötigen Personalaufwands vorangetrieben werde. Die beantragte Verortung des Klassenhauses sowie die Minimierung negativer Auswirkungen auf die Luftströmungsverhältnisse könne sie mittragen, nicht jedoch die Durchführung weiterer Untersuchungen und die Verknüpfung mit dem 2. Bauabschnitt.

Herr Eggert führt aus, auch der Verwaltung sei an einer raschen Umsetzung gelegen. Dennoch sei die Kaltluftproblematik im Raum. Um sie angemessen berücksichtigen zu können, seien weitere Untersuchungen vonnöten, die indes keine Verzögerungen des Projektfortschritts darstellten. In der Folge werde hoffentlich eine weitgehend konsensuale Planung vorgelegt werden können.

Herr Ebert fasst die Situation des Konflikts zwischen Bildung und Klimaschutz zusammen. Im besten Fall werde eine Simulation ergeben, dass es keinen Konflikt gebe. Andernfalls könne sie aufzeigen, wie damit am besten und in verantwortungsvoller Weise umgegangen werden könne.

Frau Skribbe und Herr Dettmar vergewissern sich, ob die Durchführung einer solchen Simulation wirklich keine Verzögerung mit sich bringen werde.

Herr Rolko antwortet, die Simulation werde selbstverständlich Zeit benötigen und dafür sei bereits ein Büro gefunden worden. Parallel dazu könne bereits an anderen Aspekten der Planung gearbeitet werden, sodass sich insgesamt voraussichtlich keine Verzögerung ergeben werde.

Herr Eggert ergänzt, eine definitive Aussage zu möglichen Verzögerungen könne in diesem frühen Projektstadium nicht getroffen werden, doch die Beteiligten seien bemüht, dem möglichst durch Beschleunigung an anderer Stelle entgegenzuwirken.

Herr Niemann möchte wissen, welche Art von Ergebnis die Simulation hervorbringen werde und ob es sich möglicherweise um ein „Best-/ Worst-Szenario“ unter Angabe von Zielerreichungsgraden handle.

Herr Rolko antwortet, dies sei ihm noch nicht bekannt. Für beide Standortvarianten solle eine Simulation hinsichtlich der Kaltluftströme erstellt werden, die dann der weiteren Planung und Diskussion zugrunde gelegt werden solle.

Herr Steinbuck wünscht, dass derartige Anträge künftig unnötig würden, weil Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes bereits von vornherein in den Planungen berücksichtigt würden.

Frau Dr. Steinmetzer lässt über den – einvernehmlich wie folgt geänderten – Antrag abstimmen:

**Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt, aufbauend auf die Beschlussvorlage vom 13.09.2023 mit der Ziffer 0503/2023, das Klassenhaus nicht auf der östlichen, sondern der westlichen Seite des Sportplatz-Areals (Jan Wellem) nördlich vom DBG zu bauen.**

**Die Verwaltung wird zusätzlich damit beauftragt für die vorliegende Planung eine Simulation durchführen zu lassen, mit der die Auswirkungen auf die Kaltluftschneise dargestellt werden. Gleichzeitig soll untersucht werden, ob der Gebäudekubus so angepasst werden**

kann, dass die negativen Auswirkungen auf die Luftströmungsverhältnisse minimiert werden.

Untersucht werden soll auch, ob sich durch eine Verschiebung des Gebäudes auf die nördliche Fläche des vorgesehenen 2. Bauabschnitts eine Verbesserung zugunsten der Kaltluftschneise ergibt.

Für den Antrag stimmen Frau Außendorf, Herr Dettmar, Frau Scheerer, Frau Skribbe, Frau Dr. Steinmetzer, Herr Ebert, Herr Kochan, Frau Winkels und Herr Steinbuck.

Dagegen stimmen Herr Gürster, Frau Kivilip, Herr Kraus, Frau Opiela, Herr Reiländer, Herr Willnecker, Herr Niemann und Herr Herrmann.

Damit ist der **Antrag mehrheitlich angenommen.**

7. **Errichtung eines Kunstrasenplatzes als Ausgleichsmaßnahme für Verein Jan-Wellem**  
0226/2024

Frau Außendorf fragt, ob der heutige Beschlussvorschlag auch die Umweltverträglichkeit einschlieÙe, wie sie bei der ursprünglichen Beschlussfassung inkludiert worden sei.

Herr Eggert bestätigt dies, da der ursprüngliche Beschluss in Kraft bleibe und verpflichte; auch diesbezüglich stehe man mit dem Sportverein in Kontakt.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**1. Der Grundsatz- und Maßnahmenbeschluss über die Errichtung eines Kunstrasenplatzes inklusive der zugehörigen Außenanlagen, als Ausgleichsmaßnahme für den Verein Jan-Wellem bleibt in Kraft.**

**2. Entgegen der Beschlussfassung in der Vorlage 0504/2023 erfolgt die Errichtung des Kunstrasenplatzes nicht durch die Schulbau GmbH, sondern durch den Verein selbst. Für die Errichtung des Platzes erhält der Verein einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 500.000 Euro gegebenenfalls zzgl. Umsatzsteuer.**

8. **Feststellung des Bedarfs an Grundstücken in der Nachbarschaft der GGS Bensberg**  
0212/2024

Herr Maimer erkundigt sich nach der Situation der GGS Bensberg und fragt, ob es Wartelisten gebe.

Frau Henning erläutert, in Bensberg fehle ein Grundschulzug. Die Wartelisten an der KGS und der EGS Bensberg seien ihr nicht bekannt. Die GGS Bensberg sei eine gebundene Ganztagschule; demnach bekämen hier alle Schülerinnen und Schüler einen Platz im außerunterrichtlichen Angebot.

Herr Ebert lässt sich durch Frau Meuthen bestätigen, dass zu diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkte der Ankauf konkreter Grundstücke beabsichtigt sei.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Bedarf für den Ankauf eines Grundstücks an der Karl-Philipp-StraÙe wird – entsprechend der Zuständigkeitsordnung – festgestellt.**

9. **Feststellung des Bedarfs für den Abschluss eines Kaufvertrags bzgl. Flächen an der Strunde**



0215/2024

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Bedarf für den Ankauf von Grundstücken an der Strunde wird – entsprechend der Zuständigkeitsordnung – festgestellt.**

**10. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen – Planung für das Schuljahr 2024/25**  
0060/2024

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**11. Mitteilungen der Schulleitungen**

**11.1. Anfrage der Grundschulleitungen vom 13.03.2024**  
0177/2024

Herr Lambertz bittet um eine Rückmeldung hinsichtlich der neuen Wasserzeiten.

Herr Steinbuck merkt an, die Verwaltung habe zwar die Fragen beantwortet, jedoch teilweise den Schulalltag außer Acht gelassen.

Herr Bertenrath spricht die prekäre Lage am Gymnasium Herkenrath an: Dieses habe sich bereit erklärt, als Bündelungsgymnasium zu fungieren, fühle sich jedoch nicht mit ausreichend Platz ausgestattet. Verschärfend benötige die dortige Realschule einen zuletzt an das Gymnasium ausgeliehenen Raum nun für eigene Schulzwecke.

Er habe gelesen, dass die Verwaltung mit 2500 bis 3000 Anträgen auf Eingliederung rechne, und bittet um Bereitstellung der dafür erforderlichen Räume einschließlich ausreichender Sport- und Bewegungsflächen, um dem Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen zu begegnen. Bereits jetzt müssten an einzelnen Schulen mangels entsprechender Kapazitäten die Zeiten des Sportunterrichts reduziert werden.

Ferner spricht er die Gebäudereinigung an: Er und andere Schulleitungen erführen im Gespräch mit den Reinigungskräften immer wieder vom schlechten Umgang der Reinigungsfirmen mit ihrem Personal sowie von erheblichen Reduzierungen der zur Verfügung stehenden Reinigungszeiten.

Er begrüßt, dass es regelmäßige und strukturierte Termine der Schulen mit der Verwaltung gebe.

Frau Henning erwidert, das Gymnasium Herkenrath habe seinerzeit beantragt, Bündelungsgymnasium zu werden, und bestätigt, dass kein zusätzlicher Raum benötigt werde. Im Nachgang habe es geheißen, das Gymnasium habe vergessen, dass der neue fünfte Jahrgang berücksichtigt werden müsse. Der Platzbedarf generell werde nicht in Abrede gestellt und daran werde im Zuge der Priorisierungsliste gearbeitet. Hinsichtlich des Raums der Realschule zeichne sich eine Lösung ab, indem die Realschule einen kleineren Raum zur Nutzung erhalten könne, mit dem sie einverstanden sei. Diesbezüglich sei bereits ein Gespräch mit beiden Schulleitungen für Ende Mai terminiert.

Frau Meuthen ergänzt, dass mit dem Gymnasium Herkenrath wie auch mit allen Schulen über jeden einzelnen Raum gesprochen werde, um den verfügbaren Platz bestmöglich nutzen zu können.

Die Thematik der Sporthallen sei in der Priorisierung enthalten; es gebe Standorte, deren Rang just wegen der Sporthallen so festgelegt worden sei.

Hinsichtlich der Gebäudereinigung werde es in der nächsten regulären Sitzung (19.06.2024) eine Gegenüberstellung von Fremd- und Eigenreinigung geben. Derweil führe die Stadt die Vergabeverfahren stets rechtskonform durch und wähle unter Vermeidung von Dumpingangeboten den wirtschaftlichsten Anbieter aus.

Herr Ebert ergänzt, es gebe einen harten Preiskampf unter den Reinigungsunternehmen, die sich im Endeffekt am Rande der Legalität bewegten. Dabei würden in der Regel die Reinigungskräfte des zuvor beauftragten Unternehmens übernommen. Diese seien häufig um eine ordentliche Reinigung bemüht, die in der neuen Zeitvorgabe jedoch nicht zu leisten sei. An anderen Schulen beobachte er, dass festangestellte Reinigungskräfte ein Team mit den Lehrkräften und den Hausmeistern bildeten und gemeinsam bestrebt seien, den Kindern die bestmögliche Bildung und Schule zu bieten.

Herr Kraus sichert zu, sich für eine angemessene Lösung hinsichtlich der Wasserzeiten einzusetzen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anfrage der Grundschulleitungen, die Antwort der Verwaltung und die weiteren Mitteilungen der Schulleitungen zur Kenntnis.

## **12. Anträge der Fraktionen**

### **12.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2024: "Sofortprogramm Schule: mit effizienten Maßnahmen an allen Schulen in Bergisch Gladbach schnelle Unterstützung im Schulalltag sicherstellen" 0224/2024**

Frau Kivilip führt aus, es sei eine lange Liste mit Schulbaumaßnahmen beschlossen worden, deren Abarbeitung Jahrzehnte in Anspruch nehmen werde. Darüber hinaus gebe es bezüglich kleiner Maßnahmen (wie dem Austausch von Leuchtmitteln) ein funktionierendes System. Der vorliegende Antrag beziehe sich ausdrücklich nicht darauf. Doch es sei nicht akzeptabel, dass beispielsweise einzelne Schulen womöglich jahrzehntelang auf die Digitalisierung warten müssten. Ein zeitgemäßer Unterricht könne ohne eine angemessene Digitalisierung nicht geleistet werden. Ähnlich verhalte es sich bei Sporthallen mit veralteter oder unzureichender Ausstattung wie auch bei akutem Raumbedarf, der mit einigen Containern behoben werden könnte. Im zweiten Punkt des Antrags werde die Verwaltung aufgefordert darzulegen, wie bis zum Sommer 2026 ausreichend Schulraum für die Rückkehr zu „G9“ bereitgestellt werden solle.

Frau Meuthen antwortet, das System zur Abarbeitung kleinerer Maßnahmen beziehe sich nicht nur auf Leuchtmittel, sondern inkludiere unter Umständen auch die Schaffung zusätzlichen Schulraums. Hindernisse ergäben sich nicht aus dem internen System oder den personellen oder finanziellen Ressourcen und erst recht nicht aus Widerstand seitens der Verwaltung, sondern aus rein faktischen und häufig technischen Gründen. Ein Beispiel sei der Wunsch des OHG nach einem Basketballkorb, der in der Decke „versenkt“ werden könne. Im Zuge der Deckenöffnung müsste die darin verlaufende Verkabelung geändert werden, sodass die Maßnahme deutlich umfangreicher werden müsse, als sie zunächst erscheine. Dennoch werde dieses Vorhaben nicht vergessen, sondern stehe auf einer Maßnahmenliste, die insgesamt rund 140 Punkte umfasse und nach Dringlichkeit abgearbeitet werde. Dabei sei man bestrebt, den Schulen bestmöglich zu helfen, und beauftrage zum Teil externe Unternehmen mit der Unterstützung bei der Lösungsfindung. Insgesamt fürchte sie, dass durch antragsgemäßen Beschluss das bestehende System der Meldungen seitens der Schulen zum Erliegen komme.

Herr Ebert merkt an, der Antrag stoße die gleiche Diskussion an wie bereits in der letzten Sitzung. Der Beschluss zur Schulbaupriorisierung sei gefasst worden, um von kleinteiligen Sofortmaßnahmen wegzukommen und zu einer strukturierten Bearbeitung zu gelangen.

Frau Kivilip bekräftigt, eine Schule könne heutzutage nicht jahrzehntelang auf die Digitalisierung warten. Es gehe ihr darum, dass diesbezüglich nach Lösungen gesucht und diese umgesetzt

würden, beispielsweise durch Verlegung einer zusätzlichen Leitung, die der Stromlast standhalte. Ähnlich sei in anderen Kommunen vorgegangen worden.

Frau Meuthen wiederholt, in mehreren Fällen seien Sofortmaßnahmen schlichtweg technisch unmöglich. So könne beispielsweise in einigen Schulen das Elektrosystem nicht erweitert und nicht einmal ein weiteres Kabel gezogen werden, sodass eine Digitalisierung ausgeschlossen sei, solange nicht die ganze Schule saniert werde. Indes seien der Fachbereich 8 wie auch die Kollegen der IT-Schulverwaltung sehr findig darin, Lösungen zu entwickeln, die dennoch umsetzbar seien und über die die betroffenen Schulen sich sehr freuten. Die Situation in Bergisch Gladbach sei kein Einzelfall; vielmehr stünden die meisten Kommunen vor den gleichen Schwierigkeiten.

Herr Eggert betont, in dem Spannungsfeld aus Notwendigkeit und Machbarkeit werde alles unternommen und umgesetzt, was derzeit machbar sei. Es gebe diesbezüglich keinerlei Widerstand seitens der Verwaltung; vielmehr sei man stets um kreative Lösungen zur Unterstützung der Schulen bemüht.

Frau Außendorf spricht sich dagegen aus, die Verwaltung neben der Priorisierungsliste und dem funktionierenden Meldesystem mit einem noch aufzubauenden Sofortprogramm zu belasten und womöglich zu lähmen. Statt dessen solle mit Hochdruck an den genannten Systemen weitergearbeitet werden.

Für den Antrag stimmen Herr Gürster, Frau Kivilip, Herr Kraus, Herr Reiländer und Herr Willnecker.

Dagegen stimmen Frau Außendorf, Herr Dettmar, Frau Scheerer, Frau Skribbe, Frau Dr. Steinmetzer, Herr Ebert, Herr Kochan, Frau Winkels, Herr Niemann, Herr Herrmann und Herr Steinbuck.

Damit ist der **Antrag mehrheitlich abgelehnt**.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

### **13. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Kochan erkundigt sich nach einem Zwischenstand zum Startchancenprogramm und fragt, wann eine Beteiligung welcher Schule bekannt werde.

Frau Kirschner antwortet, in Bergisch Gladbach hätten sich die GGS Gronau und die Hauptschule Im Kleefeld beworben. Informationen über den Fortgang des Verfahrens lägen bislang – trotz Rücksprache mit dem zuständigen Dezernenten der Bezirksregierung – nicht vor.

Herr Ebert bittet um den Sachstand zur Integrierten Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe.

Frau Henning erläutert, eine geeignete Software sei beschafft worden, aber noch nicht einsatzbereit. Erst dann könnten die Daten erfasst werden. Es seien Besprechungen mit den Leitungen der weiterführenden Schulen beabsichtigt. Wann mit Ergebnissen zu rechnen sei, könne sie noch nicht absehen.

Herr Maimer möchte wissen, ob und in welcher Weise die Stadt eine vorschulische Beratung und Förderung (§ 36 Schulgesetz NRW) leiste.

Frau Kirschner erklärt, die Einführung der auch als „Vierjährigenveranstaltung“ bekannten Beratung sei beabsichtigt, doch das Format stehe noch nicht fest. Da dadurch der innerschulische, pädagogische Bereich betroffen sei, sei die Stadt auf die Mitwirkung des Kreisschulamts sowie der Schulen angewiesen.

Herr Kraus erinnert daran, die Verwaltung habe einen Zeitplan für die Abarbeitung der Priorisierungsliste für den Schulbau zugesagt.

Frau Meuthen erwidert, der Zeitplan befinde sich in der Erstellung und werde noch in diesem Jahr vorgelegt werden können.

Frau Dr. Steinmetzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:03 Uhr.

gez. Dr. Anna Steinmetzer  
Vorsitzende

gez. Katrin Klaes  
Schriftführung